

Frankreich*

HENRI MÉNUDIER

Im Jahr 1985 stand die Europapolitik in Frankreich nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Stattdessen wurde die Debatte beherrscht von einer möglichen ‚Kohabitation‘, also einer Zusammenarbeit einer rechten Mehrheit mit dem sozialistischen Präsidenten nach den Parlamentswahlen im Frühjahr 1986. Die Umfragen deuteten auf eine klare Mehrheit für die Rechten hin. Die Autorität und das Ansehen der sozialistischen Regierung im Ausland wurde vor allem durch die Greenpeace-Affäre beeinträchtigt. Am 10. Juli des Jahres war im Hafen von Auckland in Neuseeland das Schiff der Greenpeace-Bewegung ‚Rainbow-Warrior‘ durch ein Bombenattentat zerstört worden. Durch die Festnahme zweier französischer Geheimagenten wurde die Regierung in Paris in diese Sache verwickelt. Erst der Rücktritt von Verteidigungsminister Charles Hernu am 20. September stoppte den Autoritätsverlust der Regierung.

Die europapolitische Debatte hatte vier große Themen: den Beitritt Spaniens und Portugals, das Problem der EG-Haushalte, die Europäische Politische Zusammenarbeit und die Stellung Europas im neuen Ost-West-Dialog. Mit dem von ihr lancierten EUREKA-Projekt gelang es der französischen Regierung der europäischen Technologiepolitik einen neuen Inhalt zu geben.

Trotz des schleppenden Fortganges und der zahlreichen Enttäuschungen der Europapolitik, behielt die Integrationspolitik für Präsident Mitterrand ihre hohe Priorität. Dies bestätigte auch Außenminister Roland Dumas in einem *Le Monde*-Artikel: „Es ist der Wille des Präsidenten der Republik und der Regierung beim Aufbau Europas mitzuhelfen, der europäischen Union neue Hoffnung und neuen Schwung zu verleihen.“¹

Der Beitritt Spaniens und Portugals

Nach sieben Jahren schwieriger Verhandlungen wurde der Vertrag zur Erweiterung der Gemeinschaft endlich am 12. Juni unterzeichnet. Die Nationalversammlung stimmte am 22.11. dem Vertragswerk zur Erweiterung zu; der Senat folgte am 11. Dezember.

Der Beitritt Spaniens und Portugals wird in Paris als eine bedeutende Etappe beim Aufbau Europas betrachtet. Er erleichtert die Identifikation mit den hi-

* Übersetzung aus dem Französischen von Marianne Munz, Hofheim, und Michael Garthe, Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz.

storischen und kulturellen Gegebenheiten Europas. Er ermöglicht die Eingliederung einer beachtlichen industriellen Dynamik und eines interessanten Wirtschaftsraumes in die Europäische Gemeinschaft. Die europäische Überzeugung der Spanier und Portugiesen scheint manchmal größer zu sein als diejenige in den Gründungsstaaten der Gemeinschaft.

Mit der Beitrittsakte wird die Gleichberechtigung der beiden iberischen Staaten bestätigt, auch wenn dies auf den ersten Blick nicht so eindeutig erscheint. Spanien mußte wichtige Zugeständnisse machen, insbesondere im Industriesektor und bei der Fischerei. Es hat sich zu einigen mutigen Restrukturierungsmaßnahmen verpflichtet². Die Ausnahmeregelungen, die Spanien und Portugal zugestanden wurden, sind zeitlich befristet, im Gegensatz zu denjenigen, die das Vereinigte Königreich erhielt.

Die Franzosen machen sich aber auch Gedanken über die Risiken der Erweiterung für die Gemeinschaft. Werden Spanien und Portugal nicht die bereits vorhandenen großen Schwierigkeiten, vor allem im finanziellen Bereich verschlimmern? Wird nicht die Gemeinschaft ein gefährliches Maß an Heterogenität erreichen? Darüber hinaus ist Frankreich auch verunsichert über die neue Herausforderung einer spanischen und portugiesischen Konkurrenz durch deren riesige Obst- und Gemüseproduktion.

Die am 25. Juni erfolgte Annahme der sogenannten Integrierten Mittelmeerprogramme milderte die französischen Befürchtungen nur teilweise. Diese Programme werden sich insbesondere auf die Landwirtschaft, den Fischfang, das Handwerk und die Klein-Industrie auswirken. Sie sollen die sozio-ökonomischen Strukturen der betroffenen Regionen verbessern, wobei in der Hauptsache Griechenland, Italien und Südfrankreich von den dafür vorgesehenen 4,1 Mrd. ECU profitieren werden.

In der Ratifizierungsdebatte der Nationalversammlung äußerten sich die sozialistischen Minister und Abgeordnete natürlich wohlwollend zur Süderweiterung. Sie sei für die Gemeinschaft nützlich und würde gleichzeitig die jungen Demokratien in Spanien und Portugal stabilisieren. Auch sei die Erweiterung diesmal gründlicher vorbereitet als früher. Die Kommunisten beteuerten zwar ihre Freundschaft und Solidarität mit den Spaniern und Portugiesen, verurteilten aber die Erweiterung, weil sie ein „Europa der Kaufleute, der Illusionäre und der Bürokraten“³ prinzipiell ablehnen. Sie präsentierten sich als Verteidiger der kleinen landwirtschaftlichen Erzeuger Südfrankreichs. Die konservative und liberale Opposition flüchtete sich in Enthaltung, warnte vor den Risiken für die französischen Bauern und vor einer grundsätzlichen Bedrohung des Gemeinschaftssystems durch die wachsenden Disparitäten.

Die Nationalversammlung ratifizierte schließlich die Beitrittsverträge mit 291 gegen 47 von insgesamt 477 Stimmen. Im Senat votierten die Kommunisten aufs neue gegen den Beitritt; ein Teil der Zentristen, 45 von insgesamt 50 Abgeordneten der unabhängigen Republikaner und alle Gaullisten enthielten sich der Stimme.

Die Kosten der EG-Mitgliedschaft

Ein Hauptgegenstand der Debatte in der Nationalversammlung über den Staatshaushalt 1986 am 9. Oktober war der starke Anstieg des französischen Finanzbeitrages zur EG, vor allem aufgrund des Ungleichgewichts zwischen Ausgaben und Rückflüssen. In der Tat ist eine Steigerung von 35,4 Mrd. Ffrs für 1985 auf 42,6 Mrd. für 1986 (+20%) festzustellen – das entspricht einem Anteil von 4,3% an den Gesamteinnahmen des Staatshaushaltes. Unter den Finanztransfers Frankreichs zu Gunsten der Gemeinschaft ragt ein Posten heraus. Es handelt sich um den Mehrwertsteueranteil, der nach Schätzungen im Jahr 1986 32 Mrd. Ffrs betragen wird, das sind 6,8% des gesamten Mehrwertsteueraufkommens oder 3,2% der Gesamteinnahmen des Staates. Die Erhöhung des französischen Finanzbeitrages hängt nicht nur vom Ausgabenanstieg in der Gemeinschaft ab. Sie erklärt sich durch die Erhöhung des Mehrwertsteueranteils für die Gemeinschaft auf 1,4%, durch die Ausgleichszahlungen für den hohen britischen Haushaltsbeitrag und durch die Verringerung der Beitragszahlungen der Bundesrepublik Deutschland; diese Regelungen gingen auf Kosten der anderen EG-Staaten darunter Frankreich. In der Opposition fehlte es nicht an Parlamentariern, die die Übereinkunft zu Gunsten Großbritanniens verurteilten, weil sie nicht nur provisorisch und degressiv, sondern höchstwahrscheinlich langfristig und expansiv sein werde.

Der Saldo der jährlichen Finanztransfers zwischen Frankreich und der Gemeinschaft läßt seit 1981 ein Defizit erkennen: Während Frankreich 1980 noch etwa 2,1 Mrd. Ffrs mehr aus den EG-Kassen bekam als es hineinzahlte, war 1981 ein Defizit von 173 Mio. Ffrs festzustellen, das bis 1984 auf über 1,3 Mrd. anstieg. Die negativen Salden sind im Prinzip akzeptabel. Sie sind ein Zeichen der Solidarität mit den weniger begüterten Ländern der Gemeinschaft.

Mit der Erhöhung des nationalen Mehrwertsteueranteils stieg der französische Beitrag an den Gemeinschaftseinnahmen von 20,4 auf 22,2%. Parlamentarier der konservativen und liberalen Opposition betonten, daß sich Frankreich damit erstmals in der neuen Rolle eines Nettozahlers in der Gemeinschaft befinde. Diese unbefriedigende Entwicklung könne sich durch die Süderweiterung noch verstärken. Das französische Parlament stimmte deshalb dem Text zur Gemeinschaftsfinanzierung für 1985 ohne großen Enthusiasmus zu, indem es die nicht rückzahlbaren Vorauszahlungen genehmigte, die zur Durchführung der Gemeinschaftsleistungen für 1985 geleistet werden mußten⁴. Ebenso stimmte das Parlament der Erhöhung des Mehrwertsteueranteils von 1 auf 1,4% zu. Die Parlamentarier wissen dabei sehr wohl, daß diese 1,4% nicht ausreichen werden, um die rapiden Ausgabensteigerungen, insbesondere infolge der Süderweiterung, bewältigen zu können.

Die Franzosen nahmen mit einiger Beunruhigung den wachsenden wirtschaftlichen Abstand zwischen ihrem Land und der Bundesrepublik Deutschland seit 1981 zur Kenntnis. Während in den Jahren von 1971 bis 1980 die

Wachstumsrate in Frankreich immer über derjenigen der Bundesrepublik Deutschland lag (durchschnittlich 0,9%), wandelte sich dies Anfang der 80er Jahre zu Gunsten der Bundesrepublik Deutschland. Mittlerweile haben die Franzosen verstanden, daß die EG nur auf der Grundlage wirtschaftlicher und finanzieller Stärke aufgebaut werden kann und ein ausgeglichenes, dauerhaftes Wirtschaftswachstum in den Mitgliedstaaten voraussetzt⁵.

Die Einheitliche Europäische Akte

Auch die Europäische Politische Zusammenarbeit spielte in Frankreichs Europapolitik im Jahre 1985 eine Rolle. Gemeinsam mit der Bundesrepublik schlug Frankreich auf dem Mailänder Gipfel des Europäischen Rates den Vertragsentwurf für eine politische Union vor⁶. Er war allerdings ohne ausreichende Konsultationen mit den Partnern zustande gekommen und fand keine Unterstützung. Stattdessen stimmte die französische Regierung dann in Mailand der Einberufung einer Regierungskonferenz zur Änderung und Ergänzung der Römischen Verträge zu. Sie sollte sich im Sinne Frankreichs mit einer institutionellen Angleichung, der Aufnahme neuer Politiken und der Formulierung eines Vertrages zur außenpolitischen Zusammenarbeit und gemeinsamen Sicherheitspolitik beschäftigen.

Das Ergebnis der Regierungskonferenz, die Einheitliche Europäische Akte, wurde vom Europäischen Rat in Luxemburg am 2. und 3. Dezember gebilligt⁷. Die Franzosen verheimlichten nicht, daß sie ein besseres Ergebnis gewünscht hätten, aber sie begrüßten doch, daß der Weg zu einem gemeinsamen Europa unter neuen verbesserten Bedingungen aufgenommen werden könne.

François Mitterrand sieht in dem Beschluß von Luxemburg einen „Compromis de progrès“. Das Ziel, bis Ende 1992, einen großen gemeinsamen Binnenraum zu schaffen, der Wille, die währungspolitische Zusammenarbeit zu vertiefen, die Entwicklung einer gemeinsamen Sozialpolitik und die Verbesserung der Beziehungen zwischen Parlament, Kommission und Rat sowie die Ausdehnung der politischen Zusammenarbeit und der gemeinschaftlichen Kompetenzen finden die Zustimmung der Regierung in Paris.

In Frankreich wurde die Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte als wichtigster Schritt in der Europapolitik seit den Römischen Verträgen bewertet. Dies vor allem, weil die Akte – wie ihr Name schon sagt – die Reform der europäischen Institutionen und die Kompetenzerhöhung der EG einerseits sowie die politische Zusammenarbeit andererseits in einem einheitlichen Text zusammenfaßt. Sie drückt den von Paris unterstützten Wunsch aus, die wirtschaftliche und politische Vereinigung Europas unter einem gemeinsamen rechtlichen Dach auszuführen und markiert den Willen aller Mitgliedstaaten, in Richtung einer Europäischen Union voranzuschreiten.

In der Frage des Sitzes des Europäischen Parlaments hat sich Frankreich deutlich von seinen Partnern losgelöst. Die Regierung in Paris beantragte Ende 1985 beim Gerichtshof der EG die Annullierung einer Resolution des Europäi-

schen Parlaments, in der der Neubau eines Plenargebäudes in Brüssel für 600 Abgeordnete gefordert wird. Frankreich erinnert daran, daß die Festsetzung des Sitzes der Institutionen ausschließlich Sache der Regierungschefs und der nationalen Regierungen ist. Gleichzeitig ließ Frankreichs Außenminister Roland Dumas keinen Zweifel daran, daß Frankreich in Straßburg die Hauptstadt der Gemeinschaft sieht.

Europa in den Ost-West-Beziehungen

Das Jahr 1985 zeigte, daß die von US-Präsident Ronald Reagan am 23. März 1983 angekündigte Strategische Verteidigungsinitiative SDI die Meinungsunterschiede unter den Europäern in Sicherheitsfragen vertiefte⁸, obwohl das SDI-Projekt die UdSSR an den Verhandlungstisch in Genf zurückbrachte. Frankreich selbst verkündete auf dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel im Mai 1985, daß es sich nicht an SDI beteiligen werde.

Auf diplomatischer Ebene zeigte sich Frankreich ungehalten über den Mangel an Vorkonsultationen seitens der amerikanischen Regierung und über die verwirrende Bandbreite der Begründungen für SDI. Darüber hinaus gab es tiefergehende Ursachen für die französische Ablehnung: Zwar hat Frankreich angesichts der großen Rüstungsanstrengungen der UdSSR Verständnis dafür, daß die Vereinigten Staaten neue Möglichkeiten der Raketenabwehr erforschen. Aber dieses Projekt birgt Probleme für die Zukunft und die Rolle des französischen und des westlichen Verteidigungssystems. Es kann eine neue Drehung der Rüstungsspirale auslösen. Das von den Amerikanern angestrebte System bietet keinen absoluten Schutz, bestehende nukleare Verteidigungssysteme behalten also ihre Notwendigkeit. Im Unterschied zu seinen europäischen Partnern wies Frankreich das amerikanische Beteiligungsangebot zurück. Ihm scheinen die strategischen Konsequenzen des SDI-Projektes und seine technologischen Folgen noch zu vage. Frankreich geht davon aus, daß eine Beteiligung der Europäer an SDI nur dann sinnvoll wäre, wenn diese ein Inventar ihrer technologischen und finanziellen Möglichkeiten erstellen, sowie ihre Aktivitäten koordinieren würden und wenn das amerikanische Angebot auf technologischem und politischem Gebiet ausreichende Garantien beinhaltet.

Es ist zu fragen, ob sich Frankreich mit dieser unverzüglichen Ablehnung nicht isoliert hat? Nimmt es nicht eine widersprüchliche Haltung ein, wenn sich die Regierung gleichzeitig einer Beteiligung staatlicher französischer Unternehmen an SDI-Forschungsprogrammen nicht widersetzt? Die parlamentarische Opposition hat sich unterdessen gegenüber der SDI-Offerte deutlich aufgeschlossener gezeigt als die Sozialisten.

EUREKA

Der französische Vorschlag eines Europäischen Technologieprogrammes, EUREKA genannt, ist nicht als europäische Antwort auf das amerikanische SDI-Projekt zu verstehen, dennoch gibt es einige Verbindungslinien zwischen bei-

den Initiativen. Dies bestätigt auch Roland Dumas: „EUREKA ist keine Antwort auf SDI, aber ohne SDI würde es EUREKA nicht geben. Die amerikanische Initiative hat den Europäern die Gefahr eines technologischen Rückstandes gegenüber den USA und Japan aufgezeigt. Wir riskieren, zu einer unterentwickelten Zone zu werden und unsere wissenschaftliche Intelligenz dorthin zu verlieren. . . Um diese Herausforderung anzunehmen, hat François Mitterrand EUREKA erdacht.“⁹

Am 18. April schlug Frankreich seinen europäischen Partnern eine Liste gemeinsamer Projekte der Spitzentechnologie im zivilen Bereich vor, die allerdings zum Teil auch für den militärischen Bereich von Nutzen sein werden. Am 17. Juli beschloß dann eine Konferenz der 17 beteiligten Länder (Die EG-Staaten plus Österreich, Finnland, Norwegen und die Schweiz), eine möglichst vielfältige und flexible Liste ziviler Projekte zu erstellen. Die 2. EUREKA-Konferenz am 6. November in Hannover einigte sich dann auf der Grundlage von Vorschlägen aus der Industrie und der Regierungen auf ein entsprechendes Programm. Frankreich erklärte sich bereit, zum Start des Projektes eine Mrd. Ffrs. zur Verfügung zu stellen. Unter anderem sind die Entwicklung eines Großrechners und eines europäischen Mikroprozessors geplant¹⁰.

Das EUREKA-Projekt bringt einen im Bereich der internationalen Politik sonst sehr seltenen recht schnellen Fortschritt. Dies wurde nicht zuletzt möglich durch die große Bedeutung, die Frankreich der Entwicklung einer europäischen technologischen Zusammenarbeit seit 1981 beimißt.

Der Erfolg EUREKAS wirft auch Fragen auf. Die Durchführung dieser Initiative über den EG-Rahmen hinaus entspricht zweifellos dem Wunsch der großen Staaten und ist gerechtfertigt durch die Notwendigkeit möglichst rascher und effektiver Fortschritte. Steht aber nicht EUREKA in Konkurrenz zur ebenfalls geplanten Europäischen Technologie-Gemeinschaft? Problematisch bleibt auch die Finanzierung von EUREKA, insbesondere wegen der deutschen Zurückhaltung. Die von der französischen Regierung zugesagten Mittel nehmen sich gegenüber den von den Vereinigten Staaten für SDI vorgesehenen 24 Mrd. Dollar für den Zeitraum von fünf Jahren mehr als bescheiden aus. EUREKA präsentiert sich als ein Projekt mit ziviler Finalität. Welches werden die Auswirkungen dieser Forschung für den militärischen Bereich sein? Bestehen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen EUREKA und SDI?

Mit seiner Den Haager Rede vom 7. Februar 1984 hat Präsident Mitterrand offen die Frage nach einer europäischen Verteidigung gestellt. Nach seiner Vorstellung wird EUREKA auch eine europäische Betätigung im Weltraum einschließlich militärischer Zielsetzungen möglich machen. Trotz der Fortschritte in der französisch-deutschen Zusammenarbeit auf sicherheitspolitischem Gebiet zeigt das Jahr 1985 deutlich, wie schwer es ist, substantielle Fortschritte in Richtung einer gemeinsamen europäischen Verteidigung zu erreichen.

Die gegensätzlichen Einstellungen der europäischen Länder bezüglich SDI

oder bezüglich der Entwicklung eines europäischen Kampfflugzeuges sind nicht im Sinne einer Reaktivierung der Westeuropäischen Union (WEU). Die Wiederbelebung des Ost-West-Dialoges, verbildlicht insbesondere durch die Reise von Generalsekretär Michael Gorbatschow (2.–5. Oktober) nach Paris und durch den Genfer Gipfel von Reagan und Gorbatschow am 19. und 20. Oktober sowie durch die Wiederaufnahme der Genfer Abrüstungsverhandlungen, macht die Notwendigkeit für Europa besonders deutlich, seine eigene politische und damit auch sicherheitspolitische Identität zu finden.

Anmerkungen

- 1 *Le Monde* v. 25.7.1985.
- 2 Vgl. den Beitrag von Peter Frey, Spanien, in diesem Band.
- 3 *Le Monde* v. 23.11.1985.
- 4 Siehe ergänzend den Beitrag von Thomas Läufer, Haushaltspolitik, in diesem Band.
- 5 Siehe ergänzend den Beitrag von Henry Krägenau, Wirtschaftspolitik, in diesem Band.
- 6 Abgedruckt in *Europa-Archiv*, Bonn 1986, Folge 6, S. D.
- 7 Die Akte ist abgedruckt als Dokument Nr. 7 in diesem Band.
- 8 Siehe ergänzend den Beitrag von Klaus-Peter Klaiber, Westeuropas Sicherheitspolitik, in diesem Band.
- 9 *Nouvel Observateur* v. 16.11.1985.
- 10 Siehe ergänzend den Beitrag von Klaus-W. Grewlich, Forschungs- und Technologiepolitik, in diesem Band.

Weiterführende Literatur

- Buffet-Tchakaloff, Marie-France, *La France devant la Cour de Justice des Communautés Européennes*, Paris: Economica et Aix-Marseille, Presses Universitaires 1985.
- Carfantan, Yves, *L'Europe verte sous influence*, Paris: Seuil 1985.
- Debray, Régis, *Les Empires contre l'Europe*, Paris: Gallimard 1985.
- Leonard, Jacques, Christian Hen u. Bernard Dreamo, *L'Europe*, Paris: La Découverte 1985.
- Philip, Christian, *Droit social européen*, Paris: Masson 1985.
- Richonnier, Michel, *La métamorphose de l'Europe de 1769 à 2001*, Paris: Flammarion 1985.
- Robin, Gabriel, *La diplomatie de Mitterrand ou le triomphe des apparences, 1981–1985*, Les Loges-en-Josas: Editions de la Bièvre 1985.